

KAB im Bistum Münster kritisiert verwässertes Bürgergeld

KAB setzt sich für armutsfestes und sanktionsfreies Grundeinkommen ein



Der KAB-Diözesanverband Münster kritisiert, dass durch die Blockade der auch unter Beteiligung der CDU geführten NRW-Landesregierung der positive Ansatz des von der Ampelkoalition vorgelegten Entwurfs für ein Bürgergeld verwässert wurde.

Der Entwurf der Ampelkoalition entsprach zwar bei Weitem noch nicht der Zielvorstellung der KAB im Bistum Münster eines armutsfesten und sanktionsfreien Grundeinkommens, das allen Menschen die gleiche gesellschaftliche Teilhabe gewähren soll, ging aber einen deutlichen Schritt in die richtige Richtung.

Das von den Unionsparteien in diesem Zusammenhang gezeichnete Bild von arbeitsunwilligen Menschen, die sich angeblich im Bürgergeldbezug ausruhen wollen und die deshalb durch Kontrolle, Gängelung und Sanktionen klein gehalten werden müssen ist realitätsfern und entspricht nicht dem christlichen Menschenbild. Anstatt einkommensschwache und benachteiligte Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen ist es das Gebot der Stunde, durch die Zurückdrängung von Armut den sozialen Zusammenhalt in diesem Land zu stärken.

Dass das von den Unionsparteien rhetorisch hochgehaltene Lohnabstandsgebot eingehalten werden muss, ist völlig richtig - aber nicht indem Erwerbslose arm gehalten werden, sondern durch die Abschaffung des Niedriglohnsektors, einen hinreichend hohen Mindestlohn und eine gesellschaftlich möglichst breite Tarifbindung bei der Entlohnung.

Insbesondere missbilligt die KAB im Bistum Münster den von den Unionsparteien vorgenommenen Angriff auf das Schonvermögen, der jeder Argumentation widerspricht, mit der CDU und CSU sonst die private Vorsorge gegen vermeintliche Staatseingriffe verteidigen. Das durch eigene Arbeit aufgebaute Vermögen in Frage zu stellen ist eine Enteignung von Menschen, die für ihr Alter vorsorgen wollen. Die KAB Münster kritisiert daher die von CDU und CSU durchgesetzte Herabsetzung der Freigrenzen für Vermögen.

Der KAB-Diözesanverband Münster spricht sich als erste Schritte hin zu einer Verbesserung des Bürgergeldes für eine bedarfsgerechte Ermittlung und deutlichere Anhebung der Regelsätze hin zu einem armutsfesten, bedingungslosen Grundeinkommen, für eine Abschaffung von Sanktionen gegen Leistungsempfänger und für eine aktive Arbeitsmarktpolitik aus.

Beschlossen vom Diözesanausschuss der KAB Münster am 26. November 2022

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)
Diözesanverband Münster
Schillerstraße 44 b, 48155 Münster
Ruf: 0251-60976-0 Mail: kontakt@kab-muenster.de
www.kab-muenster.de

